



Detailansicht des Registereintrags

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

Aktuell seit 23.06.2026 10:13:09

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004653
Ersteintrag:	25.05.2022
Letzte Änderung:	23.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	23.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: UfU e.V. Greifswalder Straße 4 10405 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4942849930 E-Mail-Adressen: mail@ufu.de Webseiten: www.ufu.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr Michael Zschiesche**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Florian Kliche**
Funktion: Geschäftsführer
3. **Adrian Johst**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
4. **Berthold Breid**
Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Jonas Rüffer**
2. **Dr Michael Zschiesche**
3. **Florian Kliche**

Gesamtzahl der Mitglieder:

171 Mitglieder am 24.06.2025, davon:

169 natürliche Personen

2 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (16):

1. Deutscher Naturschutzring (DNR)
2. Klima-Allianz
3. Bundesverband Schule Energie Bildung
4. Ecological Research Network
5. Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU)
6. Berlin 21
7. Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU)
8. Environmental Law Alliance Worldwide (ELAW)
9. GRÜNE LIGA e.V.
10. Landesverband für Energieeffizienz e.V.
11. Allianz Rechtssicherheit
12. J&E (Justice & Environment)
13. Umweltbildungsforum LSA
14. VAV e.V. (Verein für alternative Versorgungskonzepte)
15. Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN)
16. Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Menschenrechte; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Energienetze; Erneuerbare Energien; Entwicklungspolitik; Meinungs- und Pressefreiheit; Asyl und Flüchtlingsschutz; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Öffentliches Recht; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen ist ein wissenschaftliches Institut und eine Bürgerorganisation. Neben der wissenschaftlichen Tätigkeit im In- und Ausland initiiert UfU Projekte und Netzwerke, die öffentlich und gesellschaftlich relevant sind.

UfU arbeitet in den vier Fachgebieten Energieeffizienz und Energiewende, Klimaschutz und Transformative Bildung, Umweltrecht und Partizipation, Naturschutz und Umweltkommunikation. Derzeit sind ca. 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im UfU beschäftigt. Darüber hinaus arbeitet UfU regelmäßig mit festen freien Kolleginnen und Kollegen zusammen. Die Ergebnisse unserer Arbeit publizieren wir regelmäßig in Studien und Paper sowie diversen Bildungsmaterialien. UfU verzahnt, getreu seinem Credo Umweltwissenschaft Bürgernah, seine Forschungsaktivitäten mit der Umsetzung praktischer Projekte. Wir arbeiten daher häufig mit anwendungsbezogenen Schwerpunkten.

Im Bereich des Umweltrechts ist es unser Hauptanliegen zu untersuchen, wie sich bei den Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger Theorie und Wirklichkeit zueinander verhalten. Ein Schwerpunkt ist hier die empirische Rechtsforschung, in deren Rahmen wir Umfang, thematische Schwerpunkte und Erfolg von Bürgerengagement untersuchen.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Methodenforschung zur Partizipation dar, die oft in engem Zusammenhang mit Fragen des Umweltrechts steht, dient sie doch dazu,

Verbesserungsmöglichkeiten auf eben diesem Gebiet der Bürgerbeteiligung zu erarbeiten.

Entwickelt, miteinander verglichen und verbessert werden dabei die Herangehensweisen und Methoden zur Partizipation in Umweltschutz und -recht.

Auch in der Umweltbildung macht die Methodenforschung einen wesentlichen Schwerpunkt aus. Hier geht es um Wege zur Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten insbesondere in den Feldern Klimaschutz, Energiewende und Erneuerbaren Energien. Hierbei zielen wir auf alle Altersgruppen und entwickeln Methoden und Arbeitsmaterialien, die geeignet sind, intrinsische Motivation zu erzeugen, und das Thema vom Lehrer- zum Schülerthema zu wandeln, das auch im privaten Lebensalltag eine Rolle spielt. Darüber hinaus werden Ansätze entwickelt, die die pädagogische Arbeit gleichzeitig mit direkten Erfolgen im Klimaschutz zu verbinden, wie dies beispielsweise mit Anreizmodellen zum Energiesparen wie fifty-fifty aber auch mit pädagogisch genutzten Schul-Solaranlagen erfolgreich umgesetzt wird.

Neben Klimaschutz ist auch der Naturschutz ein wesentliches Thema, was methodisch breit und konkret anwendungsbezogen bearbeitet wird. Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt oder auch Biodiversität sind zentrale Themen des Naturschutzes. Der Reichtum der Arten wird zunehmend durch Klimaänderungen, Landnutzungswandel oder das

Auftreten invasiver Arten bedroht. Von der Erfassung von Daten über Vernetzungsdienstleistungen oder Weiterbildungen arbeiten wir mit verschiedenen Akteuren und Zielgruppen, um beispielsweise die Ausbreitung invasiver Arten einzudämmen.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Schutz der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben

Beschreibung:

Wir setzen uns gegen die Beschneidung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei UVP-pflichtigen Verfahren ein.

Betroffenes geltendes Recht:

UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510300022 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. EU-Richtlinie über Emissionen aus Industrie und Tierhaltung (IED) in deutsches Recht

Beschreibung:

Die Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

(nachfolgend als IED bezeichnet) intendiert, die menschliche Gesundheit und Umwelt in integrierter und medienübergreifender Weise noch besser zu schützen; gleichzeitig sollen Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung gefördert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf für den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen sowie zu seinem Referentenentwurf für eine Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

Datum des Referentenentwurfs: 17.01.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510300024** (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (10):

1. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

In dem Forschungsprojekt „ChemKom“ untersuchen wir gemeinsam mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und der Uni Hamburg die strategische Wissenschaftskommunikation von verschiedenen Akteur*innen am Beispiel der Risiken von PFAS, auch Ewigkeitschemikalien genannt.

2. **Umweltbundesamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Praxisnahe Aufbereitung und Erläuterung der Gesetze zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland und der EU.

3. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Das Ziel des GreenCityLab Hue Projekts ist die Schaffung eines mehrstufigen und multidisziplinären Forschungs- und Experimentierraums, in dem Ideen und Konzepte für die Wiederherstellung und den Ausbau grün-blauer Infrastrukturen (GBI) in der Stadt Hue, Zentralvietnam, entwickelt, getestet, visualisiert, diskutiert und umgesetzt werden sollen. In Kooperation mit Stakeholdern aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft

wird das Projektkonsortium für die gemeinsam abgestimmte, koordiniert und strategisch geplante Entwicklung eines Netzwerks von (halb-) natürlichen Gebieten in Hue gemeinsames Know-How, Konzepte und eine Datenbank entwickeln. Durch die Integration von naturbasierten Lösungen und GBI in die Stadtentwicklung Hues können eine Vielzahl von Ökosystemdienstleistungen geschützt werden und dabei gleichzeitig die soziale und ökologische Resilienz Hues und seiner Umgebung z.B. gegenüber den Folgen des Klimawandels erhöht und gestärkt werden.

4. **EU-Kommission**

Europäische Union

Berlin

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Das Projekt zielt darauf ab, städtische Gemeinschaften in Berlin, Wien, Kosice und Ankara durch naturbasierte Lösungen (NBS) an der Anpassung an die Klima- und Biodiversitätskrise zu beteiligen. Durch Sensibilisierung, Demonstration, Aufklärung und Schulung zu NBS werden Bürger*innen und die lokale Zivilgesellschaft befähigt, gemeinsam kleine NBS umzusetzen.

5. **BMUKN**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Mit dem beschlossenen Ende der Braunkohle ist der Strukturwandel im Mitteldeutschen sowie im Lausitzer Revier in vollem Gange und mit ihm die Frage, wie die Zukunft dieser Regionen gestaltet wird. Das Projekt knüpft an die Erfahrungen aus dem Projekt RevierUPGRADE. Wir. Jetzt. Nachhaltig. an und richtet den Blick erneut auf die Städte Cottbus und Halle (Saale). Gemeinsam mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 27 Jahren wollen wir ausprobieren, voneinander lernen und zeigen, wie Aspekte des Wandels vor Ort ökologisch, sozial und gerecht gestaltet werden können. Für das Projektteam aus BUNDjugend Brandenburg und dem UfU ist wichtig, die Ideen und Visionen junger Menschen für eine sozial-ökologische Entwicklung zu stärken.

6. **BMUV, Heidehof-Stiftung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin, Stuttgart

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Das Ziel des Vorhabens besteht zum einen in der Erarbeitung des interdisziplinären Wissens zur Stabilisierung der im Niedergang befindlichen Gartenlandschaft des Parks Dieskau. Zum anderen soll mit der Konzeption als CitizenScience-Projekt das bürgerschaftliche Engagement mit wissenschaftlicher Qualifikation verbunden werden und so soll der ehrenamtliche Einsatz für das Gartendenkmal die notwendige deutlich höhere Wirksamkeit erhalten. Ausgehend von der Analyse der negativen Entwicklungsdynamik des denkmalkonstituierenden Gehölzbestandes geht es um die Identifikation von lokalen biotischen und abiotischen Faktoren, die den Negativtrend stoppen können, und in der dritten Projektphase um Feldversuche zur Wirkung dieser Faktoren. Unabdingbar ist dabei ein Arbeitsschwerpunkt zu den Wasserressourcen der Parklandschaft.

Das Projekt bereichert den regionalen Strukturwandel durch Rückbezug auf ein seltenes historisches Relikt nachhaltiger Landnutzung mit Vorbildfunktion.

7. **BMUKN**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

KI und UIG: Das Umweltinformationsrecht im Kontext Künstlicher Intelligenz
Künstliche Intelligenz verändert, wie Umweltinformationen erzeugt, verarbeitet und zugänglich gemacht werden. Für anerkannte Umweltverbände, die das Umweltinformationsgesetz (UIG) nutzen, bietet KI neue Möglichkeiten, um Umweltdaten effizienter auszuwerten und Informationsrechte wirksamer einzusetzen. Zugleich werfen KI-gestützte Verfahren auf Seiten der Behörden neue rechtliche und praktische Fragen für Transparenz und Beteiligung auf. Das Projekt untersucht beide Dimensionen aus der Perspektive der Zivilgesellschaft und erfasst zunächst in einer Bedarfsanalyse den Kenntnisstand der Verbände. Darauf aufbauend werden Schulungs- und Informationsmaterialien entwickelt. Ziel ist es, Umweltverbände beim Einsatz von KI als Werkzeug zu unterstützen und Impulse für die Weiterentwicklung von Transparenz- und Beteiligungsrechten im digitalen Zeitalter zu geben.

8. **Sächsische Aufbaubank**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Ziel des Projekts ist es, demokratische Handlungskompetenzen und politische Selbstwirksamkeit von Jugendlichen in Leipzig zu stärken. Klimaschutz wird dabei nicht nur als ökologische Herausforderung verstanden, sondern als gesellschaftliches und politisches Aushandlungsfeld, in dem Fragen von Gerechtigkeit, Teilhabe und Verantwortung verhandelt werden.

9. **Bezirksamt Steglitz Zehlendorf (SPK & Klimaschutzbeauftragte)**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Das Projekt hat zum Ziel, die Großsiedlung Kamenzer Damm als gemeinschaftlichen Lern-, Beteiligungs- und Zukunftsraum für Klimaschutz und Energiesparen zu stärken. Im Zentrum des Projekts stehen die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen der Siedlung. Neben der Vermittlung von Wissen zu Klimaschutz und Energie werden Kinder, Jugendliche, pädagogische Fachkräfte und Träger der Bildungseinrichtungen aktiv in die Entwicklung von klimafreundlichen Lösungen eingebunden und gestalten gemeinsam konkrete Maßnahmen für ihre Einrichtungen und ihr Umfeld. Mithilfe von zielgruppenspezifischen Bildungsangeboten, partizipativen Visionswerkstätten und praxisnahen Klimachecks werden Selbstwirksamkeit und gemeinschaftliches Handeln gefördert und Klimaschutz im Alltag der Kinder und Jugendlichen sichtbar und erlebbar gemacht. Fahrradkinos und eine Dialogveranstaltung tragen zur Sichtbarkeit des Projekts bei und stärken die Gemeinschaft und Beteiligung in der Großsiedlung Kamenzer Damm.

10. Erasmus + und Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Europäische Union

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Mit diesem Projekt schaffen wir ein Bewusstsein für eine nachhaltige und gerechtere Welt:

Mit einer speziell auf Grundschulen für die Altersstufen 9-11 Jahre ausgerichteten

Lernplattform werden Lern- und Lehrmaterialien zu den 17 Zielen für eine nachhaltige

Entwicklung der Vereinten Nationen (kurz: SDGs) angeboten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Code-of-Conduct.pdf](#)